

BEKOMMEN

mit Solidarität



Zu den Spitzenverdienern zählen die Berufspolitiker im Rathaus – auch in der Pension. Dennoch pfeifen zwei SPÖ-Altpolitiker auf die Solidarabgabe.

KPÖ-Klubchef Ernest Kaltenegger 2002, als es wieder Probleme um die Politpensionen gab. Götz erkämpfte damals noch einmal 200.000 Euro.

„Die Politiker haben seinerzeit jene Privilegien selbst beschlossen, die Götz vor Gericht eingeklagt hat. In

einer Zeit der Pensionskürzungen und der Angriffe auf das gesamte Pensionssystem ist diese Vorgangsweise besonders empörend.“ Götz ist übrigens noch immer Ehrenbürger der Stadt Graz; so wie sein damaliger SPÖ-Prozesskollege Alfred Edler.

KPÖ für moderne Bezirksämter

„Der Zick-Zack-Kurs eines Walter Ferk in der Frage der Zusammenlegung der Bezirksämter ist wahrscheinlich nicht nur für mich nicht mehr nachvollziehbar“, kommentiert Herbert Wippel, Sprecher der KPÖ-Bezirksräte, die plötzliche Einigung zwischen ÖVP und SPÖ. „Nach welchen Kriterien hier vorgegangen wird bleibt ebenso im Dunkeln wie die Ergebnisse, die dabei erzielt werden sollen. Warum besteht eine Notwendigkeit für die bevölkerungsreichsten Bezirke (Jakomini, Gries,

Lend) zusammenzulegen, nicht aber für Mariatrost oder St. Peter? Die KPÖ bleibt auf ihrer Linie: Ausbau und Modernisierung der bestehenden Bezirksämter und die Übertragung neuer Aufgaben,“ meint dazu der KPÖ-Politiker. Zur Abschaffung des zweiten Bezirksvorsteher-Stellvertreters sagt Wippel: „Das ist sinnvoll und wird von uns voll unterstützt. Das forderten wir auch schon als noch nicht die Mehrzahl der zweiten Bezirksvorsteher-Stellvertreter von der KPÖ gestellt wurden.“

AUS DEM GRAZER GEMEINDERAT

Gebührenbefreiung

Ungerecht geht es seit 2003 in Sachen Gebührenbefreiung für Telefon, Rundfunk und Fernsehen zu. Denn befreit sind nur jene, die Beihilfen beziehen. Andere, die zwar einen Job haben, aber kaum mehr verdienen, als die Beihilfen ausmachen, müssen alle Gebühren berappen. Mit dieser Ungleichheit ist bald Schluss. Einstimmig beschlossen alle Parteien den dringlichen KPÖ-Antrag, wonach für mehr Gerechtigkeit gesorgt werden soll. „Viele Menschen leben trotz Arbeit an der Armutsgrenze. Da ist es unverständlich, dass die Gebührenbefreiung weiterhin an den Bezug von Beihilfen gekoppelt ist“, sagt KPÖ-Mandatarin Kirsten Felbinger.

Hilfe für die Kunst

Für das Atelierhaus in der Monsbergergasse gibt es seit Februar ein Mietmodell; bisher wurden nur Betriebskosten bezahlt. Grundsätzlich sind die Künstler mit einem Mietvertrag einverstanden. Aber die vorgeschlagenen Mieten scheinen wegen des Zustandes des Hauses nicht angemessen zu sein. Mit der

Hoffnung auf Hilfe wandte sich KPÖ-Gemeinderätin Ina Bergmann an Kulturstadtrat Werner Miedl.

Besagtes Haus ist schon lange desolat. Die meisten Künstler haben notdürftig Verbesserungsmaßnahmen gesetzt. Trotzdem sind die Räume durchwegs feucht, es gibt immer wieder Wasserschäden, die Wasserversorgung ist öfters unterbrochen und die Lichtleitungen sind in einem bedenklichen Zustand.

Gratis aufs Klo?

Als der Gemeinderat für die öffentlichen Toiletteanlagen eine Benützungsgebühr beschlossen hat, wurde das in erster Linie als eine „steuerbegünstigende“ Maßnahme dargestellt. Jetzt findet man in den öffentlichen Toiletteanlagen Hinweisschilder, die den Benützern eine Strafe androhen, sollten sie die Häuslgebühr nicht entrichten. KPÖ-Mandatarin Gerti Schloffer wandte sich also an Bürgermeister Siegfried Nagl, damit sich dieser für eine nettere Formulierung stark macht. Es geht darum, die Gastfreundlichkeit der Stadt Graz hervorzuheben.



Aprilscherz-Reife. Eine Treppe um 600.000 Euro könnte schon bald auf den Plabutsch führen, wenn es nach den Stadträten Detlev Eisel-Eiselsberg und Gerhard Rüscher geht.